STADT NORDEN

Sitzungsvorlage

Wahlperiode	Beschluss-Nr:	Status
2016 - 2021	0475/2018/3.3	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Spielplätze in Norden - Anlage eines Kinderspielplatzes auf dem Gelände des Schwanenteichs (ehemaliges Ziegengehege); Schreiben des Rats Herrn Hayo Wiebersiek vom 21.02.2018

Beratungsfolge:

09.04.2018	Umwelt-, Energie- und Verkehrsausschuss	öffentlich
18.04.2018	Verwaltungsausschuss	nicht öffentlich

Sachbearbeitung/Produktverantwortlich:

Walther, 3.3

Organisationseinheit:

Umwelt und Verkehr

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss lehnt den Vorschlag des Rats Herrn Hayo Wiebersiek zur Anlage eines Spielplatzes auf der Fläche des ehemaligen Ziegengeheges in der Grünanlage „Am Schwanenteich“ auf Grund der in der Sach- und Rechtslage erläuterten Gründe ab.

BÜ	StR	FB	RPA	FD	Erarbeitet von:

Finanzen

Finanzielle Auswirkungen	Ja ☐	Betrag: _____ €
	Nein ☒	
Hh-Mittel stehen im Haushaltsjahr 201 zur Verfügung	Ja ☐	Produkt-Nr.: _____
	Nein ☐	(s. ges. Erläuterung in der Sach- und Rechtslage)
Folgejahre	Ja ☐	(s. ges. Erläuterung in der Sach- und Rechtslage)
	Nein ☐	
Folgekosten einschl. Abschreibungen/Sonderp.	Ja ☐	(s. ges. Erläuterung in der Sach- und Rechtslage)
	Nein ☐	
Außerordentl. Aufwend./ Erträge (z.B. Verkauf unter/über Restwert)	Ja ☐	(s. ges. Erläuterung in der Sach- und Rechtslage)
	Nein ☐	
Hat diese Entscheidung konsolidierende Wirkung für den Haushalt?	Ja ☐	(welche? s. ges. Erläuterung in der Sach- und Rechtslage)
	Nein ☐	

Personal

Personelle Auswirkungen	Ja ☐	_____
		(s. ggfls. auch Erläuterungen in der Sach- und Rechtslage)
	Nein ☐	

Strategische Ziele

1. Wir positionieren Norden als Wirtschafts- und Tourismusstandort unter Nutzung der vorhandenen Stärken.
2. Wir entwickeln die Stadtverwaltung von einem Dienstleister zu einem Impulsgeber für das Gemeinwesen.
3. Wir fördern bürgerschaftliches Engagement und Eigenverantwortung für die Entwicklung der Stadt.
4. Wir schaffen positive Lebensperspektiven für alle Altersgruppen und sichern die Lebensqualität durch eine gute soziale Infrastruktur und ein bedarfsorientiertes Bildungsangebot für Jung und Alt.
5. Wir bieten und erhalten die Natur- und Kulturlandschaft und sichern diese durch nachhaltige Konzepte.
6. Wir stärken Norden als Mittelzentrum.
7. Unterstützung der Flüchtlingshilfe.

Bitte ankreuzen, welchen Zielen die vorgeschlagene Maßnahme dient; bei Bedarf ggfls. in der Sach- und Rechtslage gesondert erläutern.)

Was wollen wir mit dieser Entscheidung erreichen? (Kurze Beschreibung des Ziels)
Wir positionieren Norden als familien- und kinderfreundliche Stadt.

Andere Ziele:

Sach- und Rechtslage:

Mit Schreiben vom 21.02.2018 schlägt der Ratsherr Hayo Wiebersiek vor, auf der Fläche des ehemaligen Ziegengeheges am Schwanenteich einen Spielplatz zu gestalten und dafür den Spielplatz in der Knyphausenstraße und/oder den Spielplatz in der Manningastraße aufzugeben und als Bauplatz zu verkaufen. Der Grund dafür liegt nach Angabe des Ratsherrn Hayo Wiebersiek darin, dass eine zu hohe Anzahl an Spielplätzen in Norden vorhanden ist.

Die Anlage von Spielplätzen folgt **dem Grundgedanken der Daseinsvorsorge und richtet sich nach dem Artikel 31 der UN-Kinderrechtskonvention** in Deutschland. In dieser Konvention geht es u.a. um das Recht auf Spiel und um die Problematik fehlender Freiräume und Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche zum freien Spielen. Spielplätze haben neben ihrer Bedeutung als Flächen für Spiel und Bewegung auch eine Bedeutung für das Stadtklima, die Biodiversität, die Gesundheitsvorsorge und den Ausgleich von sozialen Unterschieden in den Wohngebieten. Aus diesem Grund muss es das Ziel einer **nachhaltigen Städteplanung** sein, auch für künftige Generationen sichere, gut vernetzte und erreichbare Spielräume zur Verfügung zu haben. Einmal verkaufte Flächen sind zukünftig nicht mehr als Aufenthaltsfläche vorhanden. Eine Stadt ohne ausreichendes Grün ist für die Anwohner keine lebenswerte, auf Dauer funktionsfähige Stadt. Aus diesem Grund ist auch im Baugesetzbuch festgelegt, dass Bauleitpläne eine nachhaltige städtebauliche Entwicklung und eine dem Wohl der Allgemeinheit entsprechende sozialgerechte Bodennutzung gewährleisten und dazu beitragen sollen, eine menschenwürdige Umwelt zu sichern und die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und zu entwickeln.

Die Stadt Norden ist sehr kompakt und dicht bebaut. Im Stadtgebiet sind verhältnismäßig wenig öffentliche Grünflächen vorhanden, zumal auch Privatgrundstücke bei einer Neubebauung bis zur Grenze des Machbaren versiegelt werden und nur ein sehr geringer Anteil an unversiegelten Flächen zurückbleibt. Gerade bei beengten Wohnverhältnissen sind Grünflächen im Freien in fußläufiger Entfernung aber unabdingbar. Der **unwiederbringliche Flächenverlust durch den Verkauf von städtischen Grünflächen** und die Ausweisung als Bauland würde die jetzige gegenteilige Entwicklung weiter vorantreiben. Die Veräußerung und bauliche Entwicklung von solchen Flächen bedeutet zudem eine **Verdrängung von Kindern und Jugendlichen aus dem öffentlichen Raum**. Der Verkauf von Freiräumen des Geldes wegen widerspricht den vielfach politisch manifestierten Zielen einer familien- und kinderfreundlichen Stadt und bedeutet einen Verlust von Freiraumqualität und damit auch von Lebensqualität. Der vom Kinderschutzbund durchgeführte „Test“ liefert hinsichtlich der Funktion dieser Freiräume keine Erkenntnisse, er bescheinigt lediglich den Spielplätzen einen guten Zustand. Darüber hinaus ist der Test für den Fachdienst 3.3 jedoch nicht vollständig auswertbar und nachvollziehbar, da trotz mehrfacher Anforderung noch keine Unterlagen vom Kinderschutzbund zur Verfügung gestellt wurden und aus den Testbögen auch nicht hervorgeht, an welchem Tag und zu welcher Uhrzeit der Test erfolgte und wie das Wetter an dem Tag war. Zudem wurde nicht aufgenommen, wie viele Kinder zum Zeitpunkt des Tests auf dem Spielplatz waren. Aus diesem Grund ist die Studie nicht repräsentativ. Aus den Ergebnissen dieses Tests lassen sich keine Handlungserfordernisse hinsichtlich der Aufgabe von Spielplätzen ableiten.

Einer der Gründe gegen die Bebauung des ehemaligen Ziegengeheges war die naturnahe Ausprägung des Uferstreifens, weshalb diese Fläche nach der Aufhebung des Beschlusses über die Aufstellung eines Bebauungsplanes an dieser Stelle nur extensiv gepflegt werden sollte. Die Anlage eines Spielplatzes ist mit diesem Entwicklungsziel nicht vereinbar. Die Grünfläche sollte der Naherholung dienen und der Bestand an Bäumen erhalten bleiben. Das ehemalige Ziegengehege grenzt an einen Graben und an einen Privatteich, der wie der Schwanenteich eine ehemalige Kieskuhle ist und eine sehr steile Abbruchkante aufweist. Bei der Anlage eines Spielplatzes müsste der gesamte Bereich mit einer aufwendigen Zaunanlage versehen werden, da die Sicherheitsanforderungen bei Spielplätzen hinsichtlich der Abgrenzung zu Gewässern sehr hoch sind. Zudem müsste auf der Fläche ein Entwässerungssystem angelegt werden, damit in den Fallschutzflächen kein Wasser stehen bleibt und der Spielplatz auch unterhalten werden kann. Das jetzige offene Erscheinungsbild würde verloren

gehen und je nach Ausstattung des Spielplatzes müssten auch Bäume gefällt werden. **Die Anlage eines Spielplatzes auf dieser Fläche ist mit einem erheblichen Aufwand verbunden.**

Der **Kinderspielplatz in der Knyphausenstraße ist nicht nur der am zentralsten in der Innenstadt gelegene Spielplatz, sondern auch einer der größten und meist frequentierten Spielplätze.** Die Fläche ist sehr gut ausgestattet mit Spielgeräten aller Art und verbindet zudem zwei Baugebiete über einen Fußweg miteinander. Der Wunsch nach einer Aufgabe des Spielplatzes ist angesichts der Bedeutung dieses Spielplatzes nicht nachvollziehbar. Die Geräte sind intakt und werden auch noch viele Jahre funktionsfähig sein. Bei mehreren Spielgeräten wurde erst in den letzten zwei Jahren in die Erneuerung dieser investiert, so wurden u.a. die Holzbalken des Klettergerätes gegen Stahlbalken ersetzt und der Fallschutz erneuert. Ein Abbau der Geräte wäre aus diesen Gründen auch nicht wirtschaftlich, zumal ein Umsetzen dieser Geräte nicht unkompliziert und mit einem hohen Aufwand, auch finanziell, verbunden ist. Bei einem Wegfall wäre ein großer Bereich der Innenstadt mit öffentlichen Freiräumen unterversorgt und zudem mit einer Vielzahl von Beschwerden zu rechnen. Für Kinder unter 6 Jahren und 6-12 Jahren aus den umliegenden Straßen, dem Bereich um die Hooge Riege und dem Bereich östlich des Burggrabens, für die gemäß der DIN 18034 in einem Umkreis von etwa 175 m und etwa 350 m Spielplätze zur Verfügung stehen müssen, gäbe es **bei einem Wegfall dieses Spielplatzes keine Möglichkeit mehr zum fußläufigen Erreichen eines Spielplatzes.**

Auch der Spielplatz in der Manningastraße liegt zentral in einem Baugebiet und weist eine große Fläche auf. Der Spielplatz wird zudem zurzeit saniert. Die Fläche ist im Bebauungsplan als Spielplatz festgesetzt, weshalb eine Aufgabe des Spielplatzes und **der Verkauf als Baugrundstück mit einer Änderung des Bebauungsplanes verbunden wären.** Für die Änderung eines Bebauungsplanes müssen städtebauliche Gründe vorliegen, andere Gründe sind nicht zulässig. Die Änderung des Bebauungsplanes seitens der Stadt wäre nicht nur mit Kosten verbunden, sondern bindet auch Kapazitäten beim Personal. Bei einer Bebauung der Fläche würde voraussichtlich ein aufwendiges Regenrückhaltesystem notwendig werden, da die Entwässerung auf diesem Grundstück schon jetzt problematisch ist. Die Grünfläche übernimmt jedoch noch eine natürliche Entwässerungsfunktion für das wild abfließende Regenwasser der umliegenden Baugrundstücke, was jedoch bei einem bebauten Grundstück nicht mehr möglich wäre. Durch die neuen Regelungen zur Regenwassereinleitung würde deshalb eine kostenintensive Regenrückhaltung notwendig werden.

Für die Kinder in diesem Quartier wäre der dauerhafte Verlust des Spielplatzes ein großes Problem, da innerhalb eines Umkreises von 200 m kein anderer Spielplatz zur Verfügung steht. Das bedeutet, dass **für die Altersgruppe der Unter-6-Jährigen das Quartier nicht mehr mit Spielflächen versorgt wäre,** selbst wenn auf dem Gelände des Schwanenteiches eine Spielmöglichkeit vorhanden wäre.

Der Aufwand, um die Fläche des ehemaligen Ziegengeheges als Spielplatz auszubauen und die beiden anderen Spielplätze aufzugeben, was mit einer Änderung des Bebauungsplanes und dem Umsetzen oder dem Abbau und der Entsorgung der dort vorhandenen Spielgeräte verbunden wäre, wäre immens. Die finanziellen Einnahmen durch den Verkauf wiegen den zu leistenden Aufwand in Verbindung mit den negativen Folgen der Aufgabe der Plätze nicht auf.

Fazit:

Den Vorschlägen des Ratsherrn Hayo Wiebersiek kann auf Grund der obigen Ausführungen nicht gefolgt werden. Die Aufgabe der Flächen ist nicht revidierbar und entspricht nicht einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung. Der Verkauf der Spielplätze in der Knyphausenstraße und der Manningastraße würde dazu führen, dass zwei Gebiete mit Freiräumen unterversorgt und die fußläufige Erreichbarkeit von Spielflächen für Kinder unter 6 Jahren nicht mehr gewährleistet ist. Die Gestaltung der Fläche des ehemaligen Ziegengeheges zu einem Spielplatz und der Verkauf der städtischen Grundstücke wäre zudem mit einem enormen finanziellen und personellen Aufwand verbunden. Der Vorschlag des Ratsherrn Hayo Wiebersiek hinsichtlich der Neuanlage eines Spielplatzes auf dem Gelände des Schwanenteichs ist aus diesen Gründen abzulehnen.

Anlagen:

1. Schreiben des Ratsherrn Hayo Wiebersiek vom 21.02.2018